

1. Schulsozialarbeit Die Schulsozialarbeit sollte ein wichtiger Bestandteil schulischen Lebens sein. In Brandenburg ist nur ein Teil der Schulen mit entsprechenden Stellen versorgt. Der LER fordert eine Aufstockung des 510-Stellen-Programms, um flächendeckend an allen Schulen Sozialarbeit anzubieten.

Für die Piratenpartei Brandenburg ist Schulsozialarbeit ein wichtiger Bestandteil des schulischen Lebens. Das 510-Stellen-Programm umfasst neben der Sozialarbeit am Standort Schule aber auch Jugendkoordination, Streetwork, offene Treffpunktarbeit in Jugendclubs, etc. Eine Aufstockung ist dringend geboten. Eine weitgehende Umwidmung von Stellen innerhalb des Programms zu Gunsten der Schulsozialarbeit kann keine Lösung sein. Sie würde das Aus für die Arbeit von unzähligen Einrichtungen und freien Trägern der Jugendhilfe bedeuten. Gelder für die Sozialarbeit am Standort Schule sollten unabhängig vom 510-Stellen-Programm flächendeckend bereitgestellt werden. Die einzige konkrete Geldforderung im Wahlprogramm der PIRATEN zur Brandenburger Landtagswahl lautet:

Mindestens 25% mehr Geld für Bildung!

2. Vertretungsreserve Auch wenn die Anzahl der offiziell ausgefallenen Stunden gering erscheint, so bedeutet die hohe Anzahl der Vertretungsstunden einen deutlichen Qualitätsverlust. Wir fordern kurzfristig eine Vertretungsreserve von 6%. Die Vertretungen aus der Budgetierung müssen innerhalb von 2 Tagen zur Verfügung stehen.

Bei rund 10% täglich zu vertretenden Unterricht muss eine bedarfsdeckende Vertretungsreserve bei mindestens 10% liegen. Das selbst Elternvertreter nicht die Lösung eines Problems sondern das Herumdoktern an Symptomen einfordern überrascht. Mehr Geld im Bildungssystem ist nicht alles, aber ohne mehr Geld wird es nichts werden mit unserer Zukunftsfähigkeit. Öffentliche Bildung braucht eine Lobby im Landtag. Wir PIRATEN werden diese Lobby sein, insofern in Brandenburg überhaupt eine konsequente Lobby für Bildung gewünscht ist.

3. Inklusion Ein Gelingen der inklusiven Bildung liegt uns am Herzen. Nach den bisherigen Erfahrungen reichen die Bedingungen nicht aus. Für inklusive Klassen fordert der LER eine Höchsthäufigkeit von 21 und im Unterricht sollten immer mindestens 2 pädagogische Kräfte für die individuelle Förderung zur Verfügung stehen.

Für die Piratenpartei Brandenburg ist Inklusion ein Menschenrecht. Wir setzen uns für das Recht jeden Bürgers ein, an der Gesellschaft teilzuhaben und diese aktiv und frei von Diskriminierung mitzugestalten. Jeder Mensch wird als verschiedenartig und gleichwertig respektiert. Deshalb spricht sich die Piratenpartei ganz klar für die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen aus. Das Ziel ist für jeden Menschen, anstelle von „Fürsorge“, ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Piratenpartei die Umsetzung der „inklusive Schule“, in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Um sie tatsächlich zum Erfolg zu führen, müssen die speziellen Voraussetzungen für eine optimale Betreuung aller Schüler gegeben sein. Wann eine Schüler-Lehrer-Relation angemessen ist, ist davon abhängig, welcher (besondere) Bedarf abgedeckt werden muss. Die von uns angestrebte Klassenhöchststärke liegt bei 20 Kindern. Und auch hier gilt:

Mindestens 25% mehr Geld für Bildung!

4. Förderschulen sind weiterhin nachgefragt. Eine kontinuierliche pädagogische Weiterentwicklung der Förderschulen und Verbesserungen des Qualitätsmanagements ist zu unterstützen. Fusionen von Förderschulen mit Regelschulen oder Öffnungen für Kinder ohne festgestellten Förderbedarf muss ermöglicht werden.

Die Förderschule in Brandenburg ist gescheitert. 95% der Kinder verlassen diese Schulform ohne allgemein anerkannten Schulabschluss. Mit der Anmeldung an einer Brandenburger Förderschule wird bereits im frühen Alter beschlossen, dass ein Kind ohne qualifizierenden Schulabschluss ins Erwachsenenleben starten wird. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass Schulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten „geistige Entwicklung“, „Hören“, „körperliche und motorische Entwicklung“ und „Sehen“ haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht und sollten vorzugsweise in der Regelschule eingeschult werden, wenn diese den Ansprüchen der Förderschwerpunkte gerecht wird. Eine entsprechende Ausstattung bzw. bauliche Anpassungen sind zu fördern und Lehrmittel nach Bedarf durch das Land zur Verfügung zu stellen.

5. Raumprogramm Die Schulträger sind häufig vor Ort nicht in der Lage, die räumlichen Gegebenheiten den Anforderungen an inklusiver Bildung anzupassen. Wir fordern ein Investitionsprogramm ähnlich dem Ganztagsprogramm, das den Kommunen und anderen Schulträgern Anreize gibt, die räumlichen Bedingungen für inklusiven Unterricht zu schaffen bzw. zu verbessern.

Die Piratenpartei setzt sich für eine vollständige Finanzierung der Schulen durch das Land Brandenburg ein. Gerade weil Schule in Brandenburg nicht von der Finanzkraft des Landkreises oder der Kommune abhängig sein sollte. Zum geforderten Investitionsprogramm verweisen wir nochmals auf unsere Forderung:

Mindestens 25% mehr Geld für Bildung!

6. Flüchtlingskinder Die Eingliederung der Flüchtlingskinder stellt die Schulen vor Herausforderungen, die über die normalen Anforderungen der Inklusion hinausgehen. Wir benötigen Personal, das darauf eingehen kann, dass die Kinder traumatisiert sind und aus einer vollkommen anderen Kultur herausgerissen wurden.

Fremde Kulturen sehen wir als Bereicherung unserer Gesellschaft. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle Notwendigkeiten, damit Menschen mit Migrationshintergrund - egal ob Flüchtling oder „normaler“ Einwanderer - hier eine neue Heimat finden, erfüllt werden. Wo dies die besondere Rücksicht auf die Vita erfordert, befürworten wir dies. Ganz besonderes Augenmerk ist auch auf ein frühzeitiges kostenfreies Angebot an Sprachkursen für Schüler mit Migrationshintergrund zu legen. Da nur bei einer frühzeitig beginnenden Sprachausbildung und Einbeziehung in die Lerngruppen eine richtige Inklusion stattfinden kann. Dezentrale Lösungen, passgenau für die spezifischen Probleme bzw. individuellen Kinder. Generell wollen wir Verantwortung für Schule vor Ort am Standort konzentrieren. In unseren Augen ist die Ministerialbürokratie daran gescheitert elementare Bildungsrechte, wie z.B. §3 BrbSchulG das Recht auf individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes

einzelnen Schülers, flächendeckend zu gewährleisten. Wir wollen allen Schulen ein Globalbudget zur Verfügung stellen. Für jedes Kind wird ein bedarfsdeckendes virtuelles Bildungsguthaben in den Landeshaushalt eingestellt, welches nach Aufnahme eines Kindes an eine Schule, dieser in Form eines Globalbudgets zur Verfügung steht. Das von uns angestrebte Rucksackprinzip schafft maximale Transparenz über die Bildungskosten und gibt den entscheidenden Anreiz, jedem einzelnen Kind tatsächlich die Aufmerksamkeit zu schenken, die es verdient und benötigt. Jede öffentliche Schule soll, genau wie eine freie Einrichtung, befähigt werden selbständig und eigenverantwortlich über ihr Personal und die sonstige Mittelverwendung zu entscheiden. Es gibt häufig mehrere Baustellen vor Ort und deshalb sollte auch vor Ort entschieden werden, in welcher Reihenfolge die Baustellen abgearbeitet werden.

Gerade am Beispiel von Kindern mit Migrationshintergrund zeigt sich schnell, wie sinnlos es ist abstrakt von Potsdam aus nach Lösungen für ganz Brandenburg zu suchen, anstatt vor Ort konkrete Wege zu gehen.

6.1 Wie wollen Sie sicherstellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal für die Beschulung von Kindern aus Krisengebieten zur Verfügung steht?

Die Erfahrung lehrt uns, dass es immer genug finanzielle Mittel gibt (siehe BER), es jedoch so manches Mal an der effizienten Verteilung mangelt. Gerade im Bildungsbereich sorgen Investitionen der Gegenwart für ein Mehrfaches an Einsparungen in der Zukunft. Insofern werden wir darauf drängen, den Bildungshaushalt an sich gemäß aller Notwendigkeiten zu finanzieren. Eine konkretere Aussage zu treffen, wäre unseriös. Eine neue Landesregierung muss erst einmal sehen, was an tatsächlich zu verteilenden Mitteln zur Verfügung steht. Unbeachtet dessen gilt auch hier:

Mindestens 25% mehr Geld für Bildung!

6.2 Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Lehrer entsprechend auf die neue Situation vorbereitet werden?

Die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften muss dahingehend ausgestaltet sein, auf diese neuen Herausforderungen eingehen zu können. Grundlage hierfür sollten unserer Meinung nach individuelle Fortbildungspläne für jede einzelne Lehrkraft sein.

6.3 Wie wollen Sie gewährleisten, dass benötigte Dolmetscher und Psychologen jeweils zur Verfügung stehen?

Hier gilt ähnliches, wie bei der vorhergehenden Frage: Vorhandene Mittel sind zielgerichtet dort einzusetzen, wo sie tatsächlich benötigt werden.

7. Medienbildung Gefahren aus dem Internet und im Zusammenhang mit dem Umgang mit digitalen sozialen Netzwerken werden im Unterricht noch viel zu wenig thematisiert und sind auch im Bewusstsein der Elternschaft nicht ausreichend verankert. Anpassung der Rahmenpläne und mehr Aufklärung ist dringend geboten.

Wir PIRATEN haben verstanden, dass Kommunikation und Medienerziehung in einer vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger ist

denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz oder Moderationstechniken und eine Feedback-Kultur. Wir Piraten in Brandenburg wollen dieses Wissen und Können als festen Bestandteil des Lehrplans ab der 1. Klasse verankern.

8. Schulessen Qualität des Angebots, räumliche Bedingungen und die Essenskultur mit ausreichend Zeit ist im Land noch sehr unterschiedlich. Bei der Schulessensversorgung sind landesweite Standards anzustreben, die sich an die DEG anlehnen. Die Schulträger müssen ausreichend große Essensräume und einen entsprechenden Zeitkorridor zur Verfügung stellen.

Eine gesunde Ernährung ist für die Entwicklung eines Kindes wichtig. Essen in Bildungseinrichtungen soll nach Möglichkeit regional eingekauft werden und biologisch nachhaltig produziert sein. Vorrang soll eine frische Zubereitung am Standort unter Beteiligung der Kinder haben. Essen ist mehr als Nahrungsaufnahme, es ist auch eine Kulturtechnik. Dass dazu die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, ist für uns selbstverständlich. Wissen um Zubereitung und Inhalt des Essens ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr und sollte deshalb in Schulen entsprechend gewürdigt werden. Ansonsten stehen wir für kostenloses Essen an Schulen und Kindertageseinrichtungen ein, um sicher zu gehen, dass jedes Kind mindestens einmal am Tag eine gesunde warme Mahlzeit zu sich nimmt.

9. Schulstruktur Immer mehr Eltern wünschen sich Schulen, die in dreizehn Jahren zum Abitur führen. Die Gesamtschulen sind unter anderem deshalb übernachgefragt. Wir fordern eine Anpassung der Schullandschaft an diesen Bedarf in Form von mehr Gesamtschulen und einer verbesserten vertieften Bildung an den bestehenden Oberschulen.

Zu unserem Modell der freien Schulwahl zählt auch die freie Wahl zwischen G8 und G9. Im Sinne der von uns angestrebten Eigenverantwortung, ist es aber ureigene Entscheidungskompetenz der Schulkonferenz über die fachliche, pädagogische, didaktische und organisatorische Ausrichtung zu entscheiden. Breit getragene Schüler- und Elternwünsche sollten entsprechend Eingang bei Entscheidungen finden können. Gesamtschulen sehen wir als die Schulform, die am ehesten auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Schüler eingehen können.

10. Schülerbeförderung Der Anspruch auf eine kostenlose Schülerbeförderung leitet sich für uns direkt aus der allgemeinen Schulpflicht ab. Kreisgrenzen dürfen nicht zu langen Schulwegen führen. Die Schülerbeförderung muss entsprechend kreisüberschreitend angepasst werden. Im berlinnahen Raum sind Schülertickets eine gute Ergänzung.

Wir setzen uns für eine komplett kostenlose Bildung ein. Sie darf in keinem Aspekt abhängig sein von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Insofern ist darin auch die Schülerbeförderung eingeschlossen. Auch hier gilt: Die Piratenpartei setzt sich für eine vollständige Finanzierung der Schulen durch das Land Brandenburg ein. Und mindestens 25% mehr Geld für Bildung!

11. Pendlerausgleich Das schulische Angebot ist in den Kreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich nachgefragt, was Pendlerströme erzeugt. Deshalb müssen klare Regelungen für einen finanziellen Ausgleich zwischen den Trägern geschaffen werden.

Durch unser Modell von bedarfsdeckenden und vollständig durch das Land finanzierten „virtuellen Bildungsguthaben“ wird diese Problematik vollständig gelöst. Jede Schule erhält für jedes Kind einen fixen Betrag zur Deckung der Kosten. In diesem virtuellem Bildungsguthaben sind sämtliche anfallende Kosten, vom pädagogischen und sonstigen Personal, über Gebäude und Ausstattung, die Schulbibliothek, Schülertransport, Schulessen, Fortbildungen, Qualitätssicherung und Verwaltung, usw. anteilig enthalten. Die Einrichtung vor Ort soll dann durch die Schulkonferenz gemäß ihren konkreten Bedürfnissen frei und eigenverantwortlich über dieses Geld verfügen können.